

Haushaltseinbringung 2007

Anrede

Sie haben bemerkt, spätestens durch die Lektüre der Eckdaten, dass unsere Haupteinnahmequelle, die Gewerbesteuer, uns wieder zu kräftigen Einkünften verhilft. Dies ist auch dringend erforderlich, haben wir doch in den Jahren 2001 bis 2003 mit Rekordausfällen zu Recht kommen müssen. Ich erinnere nur an den Tiefststand im Jahr 2003, wo die Gewerbesteuer nur noch zu Einnahmen in Höhe von 200 Mio. € geführt hat. Für das Jahr 2007 sind wir optimistisch und setzen unsere Erwartung für die Gewerbesteuer auf 350 Mio. €. Nachdem wir im August 2006 bereits den Betrag von 355 Mio. € erreicht haben, erscheint mir dies ein realistisches Ziel zu sein.

Wie Sie es von mir als Stadtkämmerer nicht anders erwarten, möchte ich vor dem Ausbruch einer großen Euphorie warnen und deshalb als Motto formulieren:

„Am strikten Sparkurs unbeirrt festhalten“

Am Gebot des Sparkurses fortzufahren, gebietet schon die bisherige zyklische Verhaltensweise der Gewerbesteuer. Niemand kann sich sicher sein, dass die Zahlen auch im nächsten Jahr wirklich wieder so gut sein werden wie dies 2006 der Fall ist. Die Grundsätze des Wirtschaftens wie ein vorsichtiger Kaufmann lassen es angeraten erscheinen, auf der Ausgabeseite vorsichtig zu bleiben.

Noch nicht definitiv ausgestanden sind auch die Reformüberlegungen zur Unternehmenssteuerreform. Wir wissen alle, welche kräftige Versuche seitens der Wirtschaft unternommen wurden, den Kommunen die Gewerbesteuer wegzunehmen. Wir haben als Kommunen zwar inzwischen viele Solidaritätsbekundungen aus der Bundesregierung erhalten, gleichwohl halte ich es für notwendig, an die Unternehmenssteuerreform mit einer gewissen Skepsis heranzugehen. Ich fürchte die Versuche, für eine Verbreiterung des Steuerzahlerkreises eine Absenkung des Steuersatzes für die einzelnen Unternehmen zu erreichen. Ich erinnere nur daran, dass die Einbeziehung neuer Gewerbesteuerzahler noch nicht bedeutet, dass diese auch tatsächlich solche

Einkommen erzielen, dass es faktisch in der Stadtkasse auch zu einer Einzahlung kommt. Ich denke, dass die Großstädte bezüglich der Rechenkünste der Bundesregierung beim Hartz-IV-Prozeß eher mit Schaudern und Zweifeln an neue Rechengrößen der Bundesregierung herangehen werden. Wir können es uns aber auf keinen Fall leisten, durch eine Veränderung der Berechnungsparameter der Gewerbesteuer milliardenschwere Steuerausfälle einzuhandeln. Wir wissen alle, was wir einmal verloren haben, bekommen wir nicht so schnell oder nie wieder repariert.

Vor der parlamentarischen Sommerpause des Bundes haben der Koalitionsausschuß und das Bundeskabinett Eckpunkte zur Unternehmenssteuerreform beschlossen. Die Eckpunkte lassen darauf schließen, dass eine Reihe gravierender substantieller Änderungen der Gewerbesteuer diskutiert wird. Danach sollen die nominalen Unternehmenssteuersätze der föderalen Unternehmenssteuer (bisher: Körperschaftsteuer) und der kommunalen Unternehmenssteuer (bisher: Gewerbesteuer) auf unter 30% begrenzt werden. Der Steuerausfall soll auf maximal 5 Mrd. € jährlich begrenzt werden. Sollte man sich auf eine einheitliche Bemessungsgrundlage der föderalen und kommunalen Unternehmenssteuer einigen, ist völlig offen, ob und inwieweit die neue Bemessungsgrundlage ertragsunabhängige Bestandteile enthalten wird. Senkung der Steuersätze, Steuerausfall, alles Stichworte, meine Damen und Herren, da müssen bei uns allen die Warnlampen angehen. Dazu kommt, dass ich nicht zu erkennen vermag, ob die kommunalen Belange über den Deutschen Städtetag wirklich nachhaltig eingebracht werden können. Der Deutsche Städtetag formuliert am 24.7.2006 wörtlich: „Die kommunalen Spitzenverbände [sind] bisher in keiner Weise in die Beratungen eingebunden worden.“

Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf das Haushaltsjahr 2005: Der Rechnungsabschluß 2005 hat zwar ein positives Ergebnis von 42,5 Mio. € ergeben. Wir dürfen uns aber nicht von den optisch guten Zahlen des Rechnungsabschlusses 2005 täuschen lassen. Ich erinnere nur daran, dass der Jahresverlust 2003 in Höhe von 42 Mio. € nicht ergebnisbelastend im Jahr 2005 berücksichtigt werden musste! Dann wäre nämlich schon das ganze positive Ergebnis aufgehoben. Wir haben hier vielmehr mit umstellungsbedingten Effekten zu rechnen, die durch den Übergang von der Kameralistik auf die kaufmännische Buchführung einmalig aufgetreten sind. Von dem Jahresergebnis 2005 sind allein rückstellungsbedingte Effekte in Höhe von rund

18 Mio. € anzusetzen. Der verbleibende Gewinn resultiert überwiegend aus der höheren Gewerbesteuer mit 297 Mio. € anstelle eingeplanter 258 Mio. €, dem Übertrag des US-Barwertvorteils in Höhe von 38,9 Mio. € sowie geringerer Abschreibungen wegen verzögerter Baufertigstellung. Auf der Ausgabeseite sind erneut die Planansätze für die soziale Sicherung weit überzogen worden: Bei der Sozialhilfe einschließlich Grundsicherung 63,7 Mio. € statt 52,9 Mio. €, bei Hartz IV 104,5 Mio. € statt 79,7 Mio. €, bei den Sozialleistungen insgesamt liegt die Steigerung bei 36 Mio. €, die Leistungen steigen von 182,7 Mio. € auf 219 Mio. €. Wir haben Stand Juni 2006 mit 52.522 Leistungsbeziehern einen neuen Höchststand bei Hartz IV erreicht. Nach den statistischen Angaben der ARGE Nürnberg vom 30.11.2005 beträgt der Migrantenteil daran 46%. Einen erfreulichen Aspekt will ich aber auch ausdrücklich hervorheben. Die Sparmaßnahmen und die verbesserte Steuerung bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe zeigen Früchte und führen zu einer Haushaltsstabilität.

Komme ich nun zur Aufstellung des Haushalts 2007: Diesbezüglich haben wir noch Hausaufgaben zu erledigen, die uns die Rechtsaufsichtsbehörde für die diesjährigen Haushaltsberatungen mit auf den Weg gegeben hat. Ich zitiere aus dem Genehmigungsschreiben der Regierung von Mittelfranken zum Haushalt 2006:

„Die Stadt hat spätestens bei der Vorlage des Haushalts 2007 konkrete Beschlüsse über weitere auf Dauer angelegte eigene Einsparungen und/oder Ertragsverbesserungen in Höhe von 15.000.000 € nachzuweisen. Die Beschlüsse müssen spätestens im Haushaltsjahr 2009 voll wirksam werden. Die einzelnen Maßnahmen sind in Listenform mit Zuordnung zu den Teilergebnisplänen in ihrer voraussichtlich wirksamen Höhe im betreffenden Jahr darzustellen.

Die Stadt hat darüber hinaus spätestens im Rahmen der Beratungen des Haushaltsjahres 2007 eine Beschlussfassung darüber herbeizuführen, wie der immer weiter ansteigenden Verschuldung der Stadt und der dadurch für künftige Haushalte drohenden Belastung begegnet werden kann und ein entsprechendes Konzept der Regierung vorzulegen.“

Die Rechtsaufsichtsbehörde legt dabei größten Wert darauf, dass der Stadtrat sein Ziel, im Jahr 2010 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung zu erreichen, auch

einhält. Deshalb erwartet sie, dass der Stadtrat bei den Haushaltsberatungen im November 2006 einen Auftrag an die Verwaltung beschließt, erneut ein Sparpaket über mindestens 10 Mio. € für die Haushaltsberatungen des Jahres 2007 vorzulegen. Auch wird erwogen, die grundsätzliche Finanzierbarkeit der Investitionen durch Kreditaufnahme aufgrund der seit mehreren Jahren kritisch betrachteten dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt Nürnberg einzuschränken.

Anlaß für die Haltung der Rechtsaufsichtsbehörde ist der Verschuldungsanstieg. Im Jahr 1990 hat die Stadt Nürnberg mit 566 Mio. € die Milliarden-Verschuldungsgrenze in DM schon einmal erreicht. Zu Beginn der letzten Wahlperiode (aus Vereinfachungsgründen nehme ich hier den 31.12.1995) hatte die Stadt Nürnberg eine Gesamtverschuldung inkl. der Eigenbetriebe mit 883.884.000 €, ohne Eigenbetriebe 863.519.000 €. Diese Verschuldung stieg bis zum 31.12.2001, also nur sechs Jahre später auf 1.196.433.000 € mit Eigenbetrieben und 864.447.000 € ohne Eigenbetriebe.

Ende 2004 hat die Verschuldung 1.430.173.000 € mit Eigenbetrieben erreicht, ohne Eigenbetriebe 936.320.000 €. Nach den Haushaltsplanungen für 2005 war vorgesehen, dass die Verschuldung inkl. der Eigenbetriebe auf 1.480.423.000 € steigt, ohne Eigenbetriebe auf 986.537.000 €. Im Rechnungsergebnis fiel der Verschuldungstrend gegenüber der Planung deutlich geringer aus, die Gesamtverschuldung inkl. Eigenbetriebe stieg auf 1.456.213.000 €, während die Verschuldung ohne Eigenbetriebe auf 931.972.000 € fiel. Der Anstieg der Gesamtverschuldung bei den Eigenbetrieben resultiert aus dem Übertrag des US-Barwertvorteils vom Stadtentwässerungsbetrieb auf den städtischen Haushalt. Der Anteil der Verschuldung ohne Eigenbetriebe sank, weil aufgrund der Zuführung der Mittel vom Stadtentwässerungsbetrieb, eines um 40 Mio. € höheren Gewerbesteueraufkommens und nicht ausgeschöpften abgeflossenen Baumitteln die Tilgungen an Krediten die Neuaufnahmen um rund 5 Mio. € überstiegen.

Auch für 2006 wird es – so hoffe ich – eine positive Planabweichung geben. Die Planungen vom November 2005 sahen noch eine Steigerung der Gesamtverschuldung inkl. Eigenbetriebe von rund 60,2 Mio. € vor. Aufgrund der dieses Jahr Stand August 2006 ebenfalls um weitere 58 Mio. € abweichenden positiven Gewerbesteu-

ereinnahmen kann der Kreditaufnahmebedarf nachhaltig gesenkt werden, sofern auch die Zahlen vom Arbeitsmarkt und den Empfängerzahlen bei Hartz IV mitspielen. Sie wissen, dass wir die Herabzonung der ausländischen Sozialhilfeempfänger vom Bezirk auf die Städte und Landkreise nicht in unserem Jahresetat 2006 veranschlagt haben. Hier existiert ein erhebliches Haushaltsrisiko in der Größenordnung bis etwa 34 Mio. €.

Andererseits ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die Verschuldung allein kein ausreichender Maßstab für eine Haushaltsbeurteilung sein kann. Abgesehen davon, dass mir bislang weder anhand gesetzlicher oder untergesetzlicher Normen noch anhand sonstiger Äußerungen des Freistaats Bayern irgendein Anhaltspunkt bekannt ist, wie eigentlich für einen einheitlichen Maßstab für alle bayerischen Kommunen die Parameter für eine Beurteilung der Verschuldung gemessen werden können, ist auch der jeweilige Handlungsspielraum der Kommune zu betrachten. Ein einseitiger Verweis auf den Verschuldungsanstieg ohne gleichzeitig anzumahnen, dass es auch eine innerbayerische Harmonisierung der Finanzbeziehungen zwischen Freistaat Bayern und Kommunen geben muß, als Stichworte seien hier nur die Sonderbelastungen der Stadt Nürnberg als kommunaler Schulstandort und als Migrationszentrum Frankens genannt, halte ich für ungerechtfertigt. Ein Kehrtwende bei der Verschuldung kann nur gemeinsam durch Sparanstrengungen der Stadt und durch Entlastungen der Stadt durch den Freistaat bei Sonderbelastungen erfolgreich sein.

Der Stadtrat hat wiederholt als Zielvorgabe das Erreichen eines Haushalts ohne Nettoneuverschuldung für das Jahr 2010 vorgegeben. Bei einer mittelfristigen Betrachtung muß der Ergebnishaushalt, der im Jahr 2007 mit einem Defizit von 11,8 Mio. € abschließt, so verbessert werden, dass die Investitionen weitgehend aus eigener Kraft finanziert werden können, d.h. es ist ein positiver Ergebnishaushalt von rund 52 Mio. € erforderlich.

Zu einzelnen Positionen im Haushaltsplan 2007 – die einzelnen Positionen haben Sie den Eckdaten für 2007 ja bereits entnehmen können – weise ich auf Folgendes hin: Die ordentlichen Erträge steigen um rund 99 Mio. €. Dafür sind verantwortlich die Gewerbesteuer mit + 53 Mio. €, die Einkommensteuer mit + 10 Mio. €, der Anspruch

an den Freistaat Bayern auf Ausgleich der SGB II-Verluste in Höhe von 21 Mio. € und die Schlüsselzuweisungen mit + 13 Mio. €.

Die verbesserte Einnahmeseite führt dazu, dass immer auch die Gefahr sinkender Schlüsselzuweisungen zu befürchten ist. Demgegenüber ist zu bedenken, dass wir durch den Hartz-IV-Prozeß auch erhebliche Mehrbelastungen haben. Eine Abmilderung ergibt sich aber auch dadurch, dass der Kommunalanteil am allgemeinen Steuererwerb von 11,6% auf 11,7% erhöht wird. Diese Erhöhung dient der Stärkung der freien Deckungsmittel der Kommunen. Die Schlüsselzuweisungsmasse erhöht sich 2007 um 86 Mio. € auf 2,15 Mrd. €. 2007 tritt außerdem die 2. Stufe der Abschaffung der Solidarumlage in Kraft. Der Freistaat Bayern entlastet die Kommunen nunmehr von 50% der Solidarumlage Deutsche Einheit im Wert von 70 Mio. €. Die Investitionsfördermittel steigen landesweit um 102 Mio. €. Zugute kommt den Bezirksumlagezahlern auch eine Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs in Höhe von 25 Mio. €.

Ein ganz wichtiges Ergebnis ist auch die gemeinsame Protokollerklärung des bayerischen Finanzministers mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, die ich auszugsweise zitieren darf: „Die Verhandlungspartner des kommunalen Finanzausgleichs sind sich darüber einig, dass das System des bisherigen Ausgleichs zum Vollzug von „Hartz IV“ fortgesetzt werden soll mit dem Ziel, dass die auf der Landesebene entstehenden Belastungen in der Summe durch den Bund ausgeglichen werden (derzeit 29,1% Anteil an den Kosten von Unterkunft und Heizung). Ein interkommunaler Ausgleich, an dem sich der Staat mit den Einsparungen beim Wohngeld beteiligt, stellt sicher, dass bei keinem Aufgabenträger ein Defizit entsteht.“ Wir vertrauen auf diese Entlastungszusage!

Auf der Ausgabeseite ist festzustellen, dass die Aufwendungen um rund 101 Mio. € steigen, hierbei ist hervorzuheben, dass die Personalkosten für die aktiven Mitarbeiter um 1,13% steigen. Dieses Ergebnis zeigt, dass von einer Kostensenkung durch den TVöD nicht unmittelbar gesprochen werden kann. Die Sach- und Dienstleistungen steigen um 7.076.091,00 € oder 5,08%. Neben den steigenden Energiekosten ist hierbei zu berücksichtigen, dass im Investitionsplan (MIP) die laufenden Unterhaltskosten nunmehr in den Ergebnisplan umgegliedert werden mussten, so dass die effektive Steigerung der Sachkosten nicht höher als die Steigerung der Personalaus-

gaben ausfällt. Die Abschreibungen der Jahre 2005 und 2006 waren netto – die Gegenposition sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionen – geschätzt. Erst im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Rechnungsergebnis 2005 wurden die exakten Abschreibungswerte ermittelt und berechnet. Daraus resultiert das hohe Rechnungsergebnis bei den Abschreibungen 2005 und der niedrige Wert für 2006. 2007 ist jetzt brutto auf gerechneten Zahlengrundlagen veranschlagt.

Bei den Transferaufwendungen sinkt die Bezirksumlage auf 97,7 Mio. €. Aufgrund der gestiegenen Gewerbesteuerumlage steigen in Folge auch die Umlagen um rund 13 Mio. €. Die Zuschüsse steigen aufgrund der geänderten Förderrichtlinien im Bereich der Kindertagesstätten um 16 Mio. € auf insgesamt 54 Mio. €. Die Transferaufwendungen für Hartz-IV-Empfänger steigen nochmals aufgrund der wachsenden Empfängerzahlen um 17 Mio. € auf 119 Mio. €.

Das Finanzergebnis ist mit 45 Mio. € negativ. Die Talsohle beim Zins ist durchschritten. Wir werden hier in den nächsten Jahren wieder mit erhöhten Zinsaufwendungen rechnen müssen.

Auch im Haushalt 2007 wird der eigentlich kritische Teil nicht der Ergebnishaushalt, sondern der Finanzhaushalt sein. Denn trotz eines im Wesentlichen ausgeglichenen Ergebnishaushalts zeigt der Finanzhaushalt, dass die Stadt nach wie vor eine erhebliche Nettoneuverschuldung eingehen muss, um die Investitionsvorhaben finanzieren zu können. Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 80 Mio. € müssen in vollem Umfang fremd finanziert werden. Die Tilgungen sind 2007 mit 28,2 Mio. € veranschlagt. Im Jahr 2007 wird sich daher die Nettoneuverschuldung des Kernhaushalts um 51,8 Mio. € erhöhen. Damit bedarf es in den folgenden Jahren noch weiterer erheblicher Anstrengungen bis zu einem Haushalt ohne Nettoneuverschuldung.

Lassen Sie mich in dieser Haushaltsrede aber auch auf die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2005 eingehen. Mit der Eröffnungsbilanz, die heute noch in einem anderen Tagesordnungspunkt des Stadtrats behandelt wird, werden für die nächsten Jahre die Grundlagen gelegt. Entscheidend ist, dass wir durch die Anwendung des strikten Niederstwertprinzips für Notfälle alle Handlungsoptionen im Bereich der Verbesserung des Ergebnishaushalts offengehalten haben. Dabei müssen wir darauf achten,

dass dieses Bewertungsprinzip möglichst einheitlich in Bayern angewandt wird. Insbesondere bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen wird zu beachten sein, dass es nicht durch unterschiedliche Bewertungen zu Verschiebungen innerhalb der Kommunen kommt. Der ausgewiesene Nettoeigenkapitalwert von 166 Mio. € darf daher durchaus unter positiven Vorzeichen betrachtet werden, dass im Anlagevermögen der Aktivseite der Bilanz ganz erhebliche stille Reserven schlummern.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der erfolgreichen Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2005, dem Rechnungsabschluß 2005 und dem parallel dazu aufgestellten Haushaltsplan 2007 mitgewirkt haben. Ich glaube, dass die Parallelität der Aufgaben eine wirkliche Herkulesaufgabe war, die bravourös erfüllt wurde.

Ich hoffe, dass wir mit dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2007 die lange harte Talsohle hinter uns gelassen haben. Wir dürfen aber in Anbetracht der Generationengerechtigkeit jetzt den Weg des strikten Sparkurses nicht verlassen, das Ziel darf auf Dauer nicht nur bei einem Haushalt ohne Nettoneuverschuldung bleiben, sondern es muß anspruchsvoller nachhaltig über eine Senkung der Verschuldung schon jetzt im Vorfeld der anstehenden Haushaltsberatungen nachgedacht werden.

Nürnberg, im September 2006

Wolfgang Köhler
Stadtkämmerer

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT